



Presseschau vom 16.10.2015:

Quellen: *Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru*, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a.* sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind *Nachrichtenquellen aus den neuen ostukrainischen Volksrepubliken in Rot (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.)* und *andere ukrainische Quellen in Blau (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondentT und Timer)* gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe.

Abends:

Dan-news.info: Die Staatsanwaltschaft Österreichs hat die Übertragung von einigen Millionen Euro auf ausländische Konten durch den ukrainischen Oligarchen Sergej Kurtschenko aufgedeckt, im Zusammenhang damit verdächtigt die Finanzfahndung des Landes ihn der Geldwäsche. Darüber berichtet in seinem Blog der ehemalige Journalist, der Abgeordnete der Ukraine vom Block Petr Poroschenko Sergej Leschtschenko.

Die Rede ist vom Erwerb von Anteilen der Medienholding UMN durch Kurtschenko.

„Weil eine unvorstellbare Geldsumme vom Ausland ins Ausland über ein Konto in Österreich lief, hat dieses Land eine strafrechtliche Ermittlung eröffnet. Diese betrifft die Änderung des Eigentums am Medienimperium Loshkins (derzeit Leiter der Administration des Präsidenten der Ukraine Petr Poroschenko – Hinzufügung DAN) UMN, die der „Geldbörse Janukowitschs“ verkauft wurde, dem Nicht-Oligarchen Sergej Kurtschenko“, heißt es in der Mitteilung des ehemaligen Journalisten. „Im Zusammenhang damit kam die Finanzfahndung aus Wien zu dem Schluss, dass die Verlagerung einer neunstelligen Summe von Kurtschenko zuerst auf eins, dann auf ein anderes ausländisches Konto Geldwäsche sein könnte“.

Nach Information des Abgeordneten wurde die genannte Transaktion (die am 4. November 2013 durchgeführt wurde) Grundlage für die Einleitung eines Strafverfahrens durch die österreichischen Rechtsschutzorgane.

Wie Leschtschenko schreibt, erscheint in den Materialien eine Gesamtsumme, die von

Kurtschenko für den Erwerb von Aktiva gezahlt wurde. „In der genannten Periode gab es Eingänge von 314 Mio. Euro und Überweisungen von 315 Mio. Euro. Diese Transaktionen wurden ausschließlich zwischen ausländischen Unternehmen durchgeführt, bei denen es nicht möglich ist, die tatsächliche kommerzielle Tätigkeit zu bestimmen“, gibt Leschtschenko den Inhalt der Anfrage des Justizministeriums Österreich wieder, die an die Generalstaatsanwaltschaft der Ukraine am 5. August 2015 gerichtet wurde.

Wir fügen hinzu, dass im September 2015 das Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko einen Erlass über Sanktionen in Bezug auf Kurtschenko und die von ihm kontrollierten Unternehmen unterschrieb. Dem ukrainischen Geschäftsmann und den mit ihm verbundenen Personen und Strukturen ist unternehmerische Tätigkeit auf dem Territorium der DVR verboten. Durch die Generalstaatsanwaltschaft der Republik wurde ein Strafverfahren in Bezug auf eines der mit Kurtschenko verbundenen Unternehmen eröffnet.

Nach Angaben der Ermittlung, die das Innenministerium veröffentlicht hat, führten die Aktivitäten dieses Unternehmens faktisch zu einem Brennstoffkollaps in der DVR. Der Volkssowjet der DVR hat eine parlamentarische Kommission zur Untersuchung der Aktivitäten Kurtschenkos geschaffen, insbesondere bezüglich seiner Versuche, Kontrolle über die Charzysker Rohrfabrik zu erlangen.

Vormittags:

De.sputniknews.com: EU fordert von Serbien Sanktionen gegen Russland – Medien Belgrad soll Sanktionen gegen Russland beschließen – das ist, wie die serbische Zeitung „Blitz“ unter Berufung auf diplomatische Quellen schreibt, eine obligatorische Voraussetzung für weitere Fortschritte auf dem Weg zum EU-Beitritt Serbiens.

Bisher hat die serbische Regierung mehrmals kategorisch erklärt, sie werde sich den Sanktionen gegen Russland nicht anschließen. Nun habe aber Brüssel vor, dies zu einer festen Bedingung zu machen.

„Belgrads Weigerung, sich den Sanktionen anzuschließen, wird im EU-Bericht über Serbiens Fortschritte auf dem Weg zum EU-Beitritt kritisiert, den die EU-Kommission in diesem Monat veröffentlichen soll“, berichtet die Zeitung.

Am 1. März 2012 hatte Serbien den offiziellen Status des EU-Kandidaten bekommen. Im Januar 2014 wurde die Aufnahme von Verhandlungen über den EU-Beitritt Serbiens offiziell verkündet, vorerst wurde aber kein einziges Kapitel des Verhandlungsdossiers aufgemacht.

Dan-news.info: Die Nacht verlief in den frontnahen Städten und Bezirken der DVR ruhig, Beschüsse von Seiten der ukrainischen Streitkräfte gab es nicht. Dies teilte heute die Stadt- und Bezirksverwaltungen mit.

„Bei uns ist alles ruhig und gut“, sagte der Leiter des Kujbyschewskij-Bezirks Iwan Prichodko. Eine ruhige Lage besteht auch in den anderen Bezirken der Hauptstadt, die zuvor regelmäßig beschossen wurden – Kiewskij, Petrowskij und Kirowskij.

In Gorlowka wurde nach dem kürzlichen Beschuss, in dessen Folge ein Wohnhaus in der Siedlung Golmowskij beschädigt wurde, keine weiteren Vorfälle dieser Art festgestellt.

In den Bezirken Telmanowo, Nowoasowsk und Starobeschwo der Republik verlief die Nacht ohne Zwischenfälle.

Außerdem wurde das Regime der Ruhe auch in Dokutschajewsk, Jasinowataja und Makejewka eingehalten. „Die Lage in der Nacht war normal, alles ruhig“, sagte der Leiter des Verwaltung von Dokutschajewsk Alexandr Katschanow.

Rusvesna.su: Die Beobachter der OSZE-Beobachtermission untersuchten den Ort des Granatwerferbeschusses auf einen Checkpoint der LVR nahe Staniza Luganskaja, berichtet der Pressedienst der OSZE.

"Am 14. Oktober erklärte ein Milizangehöriger der LVR gegenüber Medien, dass der Checkpoint auf von dem LVR kontrollierten südlichen Teil der Brücke in Staniza Luganskaja am Morgen mit 120-mm und 82-mm-Granaten beschossen worden sei", hieß es aus der Pressestelle der Mission.

Nach Angaben der OSZE hat die Analyse der frischen Krater in der Nähe des Checkpoints die Aussage über die Art der Waffen bestätigt.. Der Presse-Service bestätigte auch, dass laut Analyse das Feuer aus dem Norden kam.

Dan-news.info: Erklärung der Abgeordneten des Volkssowjets der DVR Marina Shejnowa
Im Verlauf der von den Behörden der DVR unternommenen Aktionen wurde ein neues Schema für die Lieferung von Gas angenommen und mit allen Teilnehmern des Prozesses abgestimmt, dank dem der flüchtige ukrainische Oligarch Sergej Kurtschenko und die mit ihm verbundenen Unternehmen vollständig aus der Kette für die Lieferung von Gas in die Republik ausgeschlossen wurden.

Das Kohle- und Energieministerium der DVR kontrolliert derzeit die gesamte Kette zur Entnahme von Gas, seiner Verteilung, Transport und Lieferung zum Endverbraucher. Dank der Anstrengungen der republikanischen Aufsichtsorgane wurde der Druck in der zentralen Gasleitung ausgeglichen. Es ist möglich mit Überzeugung zu sagen, dass jedes Unternehmen und jeder Einwohner der DVR mit Wärme versorgt wird und es einem solchen Verbrecher wie Kurtschenko nicht gelingen wird, das Volk der Republik zu bestehen.

De.sputniknews.com: Die Terrormiliz „Islamischer Staat“ zählt in ihren Reihen bis zu 7.000 Mitgliedern, die aus GUS-Staaten stammen, wie Russlands Präsident Wladimir Putin am Freitag bei einer Sitzung des Rates der GUS-Staatschefs mitteilte.

„Ich möchte die gewachsene Aktualität des Zusammenwirkens beim Widerstand gegen den internationalen Terrorismus auch im Rahmen unserer Gemeinschaft betonen“, sagte Putin.

„Laut unterschiedlichen Schätzungen stammen bereits 5.000 bis 7.000 IS-Mitglieder aus Russland und anderen GUS-Staaten. Wir können es natürlich nicht zulassen, dass sie die Erfahrungen, die sie heute in Syrien sammeln, später bei uns zu Hause anwenden.“

Zugleich verwies er darauf, dass Russlands Fliegerkräfte bereits substantielle Ergebnisse in Syrien erzielt haben. „Vernichtet wurden dutzende von Kommandozentralen und Munitionslagern, hunderte von Terroristen sowie eine große Menge an Kampftechnik. Dabei setzen wir uns stets für die Bildung einer maximal breiten Koalition zum Widerstand gegen die Extremisten und Terroristen ein.“

Der Text von Putins Rede wurde am Freitag auf der Kreml-Webseite veröffentlicht.



<http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30492/47/304924710.jpg>

Lug-info.com: Heute fand eine geschlossene Sitzung der speziellen Kommission des Volkssowjets der LVR zur Untersuchung der Aktivitäten des ukrainischen Geschäftsmanns Kurtschenko statt. Daran nahmen außer den Kommissionsmitgliedern Vertreter der Generalstaatsanwaltschaft der LVR, des Treibstoff- und Energieministeriums sowie Personen teil, deren Namen im Interesse der laufenden Ermittlungen nicht genannt werden.

Bezüglich der Ergebnisse der Sitzung können wir folgendes erklären:

Nach vorläufigen Angaben, die sich aus Informationen ergeben, die die Rechtschutzorgane der LVR und die Teilnehmer der Sitzung zur Verfügung gestellt haben, hatte die Tätigkeit der mit dem ukrainischen Geschäftsmann Kurtschenko verbundenen Unternehmen das Ziel, nicht nur kriminelle Aktivitäten gegen die ökonomische Sicherheit der Republiken des Donbass durchzuführen, sondern es gibt alle Anzeichen dafür, dass eine Teil der Geldmittel, die im Laufe der ungesetzlichen finanziellen Aktivitäten sowohl auf dem Territorium der Ukraine als auch auf dem Territorium der Republik erwirtschaftet wurden, möglicherweise für die Finanzierung von Spezialoperationen gegen die Einwohner der LVR und der DVR verwendet wurden.

Wie aus Erklärungen der österreichischen Finanzpolizei bekannt wurde, wurden 315 Mio. Euro auf das Konto ausländischer Unternehmen des Leiters der Administration des Präsidenten Poroschenko Boris Loshkin überwiesen. Es ist sehr wahrscheinlich, dass Loshkin nur als Vermittler in den finanziellen Schemen Poroschenkos auftrat und diese Mittel auf seine Anweisung hin für die Finanzierung sowohl militärischer als auch propagandistischer Kampagnen gegen das Volk des Donbass verwendet wurden. Für dieses Schema könnten auch Mittel verwendet worden sein, die von den Unternehmen Kurtschenkos aufgrund der Tätigkeit auf dem Territorium der Volksrepubliken erwirtschaftet wurden.

Mit großer Wahrscheinlichkeit erfolgte die Finanzierung über ausländischer Konten des Herrn Loshkin, des Oberhauptes der Administration des Präsidenten der Ukraine. Dies wird durch eine Untersuchung bestätigt, die von der zentralen Staatsanwaltschaft zum Kampf gegen Wirtschaftskriminalität und Korruption Österreichs durchgeführt wird.

Es soll erwähnt werden, dass die Ermittlung nicht beendet ist und es möglich ist, dass die Liste der Verbrechen des Herrn Kurtschenko noch weiter ergänzt wird.

Wir sind entschlossen, die Ermittlung bis zum Ende durchzuführen und dem Volk des Donbass die Wahrheit über die verbrecherischen Aktivitäten Kurtschenkos und anderer Geschäftsmacher aus der ukrainischen Politik vorzulegen.

Timer.ua: Vor den Mauern des Rathauses fand eine Kundgebung gegen die Übertragung des

Flughafens von Odessa in private Hände statt

Die Kundgebung gegen die illegale Übertragung des Unternehmens "International Airport Odessa" in die Hände von Investoren wurde am 15. Oktober durchgeführt.

An der Veranstaltung nahm die Partei "Vidrozheniya" und deren Kandidatin für die Bürgermeister von Odessa Svetlana Fabricant teil. Mehrere hundert Bewohner von Odessa skandierten "Odessa braucht die Wahrheit!" und äußerten ihre Unzufriedenheit mit der aktuellen Stadregierung, begleitet von viel Lärm...



[http://www.timer-](http://www.timer-odessa.net/uploads/2015/10/1444995640_8445.jpg)

[odessa.net/uploads/2015/10/1444995640_8445.jpg](http://www.timer-odessa.net/uploads/2015/10/1444995640_8445.jpg)

De.sputniknews.com: GUS-Staaten: neues Konzept zu militärischer Zusammenarbeit
Angesichts der zunehmenden Terrorbedrohungen aus Afghanistan hat die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) ein neues Konzept für ihre militärische Zusammenarbeit verabschiedet. Das bis 2020 angelegte Papier, das die Staatschefs des postsowjetischen Bündnisses bei ihrem Gipfel beschlossen haben, sieht unter anderem verstärkten Grenzschutz vor.

Russlands Präsident Wladimir Putin warnte auf dem Gipfel in Burabaj (Kasachstan), die Situation in Afghanistan würde immer kritischer.

„Terroristen unterschiedlicher Fassung gewinnen dort immer mehr an Einfluss und machen kein Hehl aus ihren Plänen, weiter zu expandieren“, sagte Putin. Die GUS-Staaten sollten sich darauf gefasst machen, dass die Terroristen einen Durchbruch nach Zentralasien anvisierten. „Wir müssen auf ein solches Szenario vorbereitet sein und reagieren können.“



<http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30497/58/304975806.jpg>

Nachmittags:

Novorosinform.org: Die Vermögenswerte der Internationalen Investitionsbank, dessen Hauptaktionär der Präsident der Ukraine Petro Poroschenko ist, wuchs seit Anfang des Jahres um 47% auf 4,7 Mrd. Griwna. Dies berichteten Korrespondenten mit Bezugnahme auf den Bericht der Bank für das dritte Quartal 2015.

Es wird darauf hingewiesen, dass sich im letzten Jahr (Juli 2014) das Vermögen der Bank um das 2,3-fache erhöht hatte. Die Vermögenswerte des gesamten ukrainischen Bankensystems dagegen waren in den ersten 8 Monaten um 6,8% zurückgegangen.

Die Internationale Investitionsbank nimmt den 32. Platz im Rating der ukrainischen Banken ein. Anfang dieses Jahres war es noch der 47. Platz, und vor einem Jahr der 78.

Nach Angaben des Korrespondenten hält der Präsident Poroschenko indirekt eine 60% ige Beteiligung an der Bank. Der zweite Großaktionär ist der erste stellvertretende Vorsitzende der Fraktion "Block Poroschenko" Igor Kononenko mit einem Anteil von 14,9% der Anteile.



[http://storage.novorosinform.org/cache/6/8/\(13\)_poroh.png/w644h387.png](http://storage.novorosinform.org/cache/6/8/(13)_poroh.png/w644h387.png)

Lug-info.com: Pressekonferenz des stellvertretenden Leiters des Stabs der Volksmiliz der LVR Oberst Igor Jaschtschenko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Volksmiliz hat in den letzten drei Tagen keine Beschüsse des Territoriums der Republik und Provokationen von Seiten der Kiewer Truppen festgestellt.

Die Streitkräfte der Ukraine führen Umgruppierungen ihrer Kräfte entlang der Kontaktlinie durch und erhalten sich so die Möglichkeit einer militärischen Lösung des Konflikts.

„Wir stellen Verschiebungen von ukrainischen Abteilungen sowohl im Hinterland als auch entlang der ganzen Kontaktlinie fest. Die genannten Handlungen können nur als Umgruppierung der Truppen durch die ukrainische Seite qualifiziert werden. Und als Folge daraus kann man den Schluss ziehen, dass die ukrainische Seite die Möglichkeit eines militärischen Szenarios der Lösung des Konflikts auf unserem Territorium nicht aufgeben will“, unterstrich Jaschtschenko.

Dnr-online.ru/Dan-news.info:: Pressekonferenz des stellvertretenden Kommandeurs der Milizen der DVR Eduard Basurin (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Lage in der DVR ist wie zuvor schwierig.

„Abteilungen der ukrainischen Armee haben dreimal das Regime der Feueinstellung verletzt. Aus Richtung Peski und Opytnoje wurde mit 120mm und 82mm Granatgeschossen von den Positionen der 93. einzelnen mechanisierten Brigade unter dem Kommando von Oberst Klotschkow der Flughafen von Donezk beschossen. Mit Schusswaffen und Granatwerfern wurde Sajzewo beschossen.

Die Aufklärung der DVR bestätigt die Verletzung der unterzeichneten Minsker Vereinbarungen über den Abzug von schweren Waffen über 100mm von der Kontaktlinie auf die vorgeschriebene Entfernung. So wurde in Granitnoje die Stationierung von 4 Artilleriegeschützen 2S9 „Nona“ 500 Meter von der Kontaktlinie festgestellt. In Marjinka 10 Artilleriegeschütze, getarnt in Privathäusern. Nordöstlichen von Olginka 8 Einheiten Panzertechnik 12 km von der Kontaktlinie, die die Kampfdeckung für ein Grad-System und vier 120mm Granatwerfer bilden.

Ich will anmerken, dass die ukrainische Seite weiterhin nationalistische Abteilungen an der Kontaktlinie zusammenzieht. So wurde in Marjinka und Nowotroizkoje die Ankunft von Personal aus den Abteilungen von „Ajdar“ und „Asow“ festgestellt, die als Unterkunft private Häuser von Einwohnern besetzt haben und auf diese Weise ihre Geringschätzung gegenüber der Bevölkerung zeigen, die auf dem von den ukrainischen Truppen okkupierten Territorium des Donbass leben. Auf diese Weise bemüht sich die militärisch-politische

Führung der Ukraine, nicht die vom Präsidenten der Ukraine unterschriebenen Minsker Vereinbarungen zum Abzug von Waffen und zur Einhaltung eines Regimes der Feueinstellung zu erfüllen“, teilte Eduard Basurin mit.

Weiterhin erklärte Basurin, dass die ukrainischen Truppen bei der Verlegung von Waffen zur Kontaktlinie den Strom in den Ortschaften abschalten.

„Ich möchte hinzufügen, dass sie die Taktik bei der Verlegung von Waffen in der Nachtzeit geändert haben. Es ist eine Besonderheit aufgetreten, wenn Waffen verlegt werden, wird der Strom abgeschaltet – dann wird die Technik bewegt, danach gibt es wieder Strom“, unterstrich er.

De.sputniknews.com: Gestern hat die dritte Phase des Waffenabzugs von der Trennungslinie in der Ostukraine begonnen, schreibt die Zeitung "Nesawissimaja Gaseta" am Freitag. Von der Frontlinie werden jetzt 82-Millimeter-Minenwerfer abgezogen. Zuvor hatten die Konfliktseiten den Abzug von Artilleriewaffen mit einem Kaliber von weniger als 100 Millimetern vereinbart.

Das Oberhaupt der selbsternannten „Donezker Volksrepublik“, Alexander Sachartschenko, nannte inzwischen in einem Interview gegenüber der Nachrichtenagentur RIA Novosti die Bedingungen zur von Kiew geforderten Annullierung der Wahlergebnisse in die Parlamente der beiden „Volksrepubliken“ Donezk und Lugansk im Vorjahr: „Wir wären bereit, die Ergebnisse der Wahl vom 2. November 2014 außer Kraft zu setzen. Allerdings unter einer Bedingung: Zunächst müssten die Ergebnisse der Wahl Poroschenkos zum ukrainischen Präsidenten im Frühjahr 2014 für nichtig erklärt werden.“

Letzterer trat seinerseits am Mittwoch im Gebiet Saporoschje mit einer Rede zum Thema Reintegration der beiden abtrünnigen Regionen auf. Poroschenko stellte fest, dass es dank internationaler Bemühungen gelungen sei, „die heiße Konfliktphase zwar nicht zu beenden, aber eine Pause einzulegen“. Die jüngsten Vereinbarungen über den Waffenabzug könnten nach seinen Worten „in einen stabilen Waffenstillstand übergehen. Dabei haben wir die Chance, den Frieden zurückzugewinnen und die Rückkehr der okkupierten Teile des Donezbeckens in die Ukraine mit politischen und diplomatischen Mitteln zu erreichen“. Ukrainische Militärexperten sind sich indes einig, dass in der abtrünnigen Donbass-Region eine schlagkräftige, gut organisierte und ausgerüstete Armee entstanden sei und Poroschenko diesen Umstand berücksichtigen müsse.

Alexej Melnik, Experte für Außenpolitik und internationale Sicherheit beim ukrainischen Zentrum „Alexander Rasumkow“, verwies jüngst darauf, dass die aktuellen Streitkräfte der beiden „Volksrepubliken“ mit der Zeit eine Art „Volkspolizei“, Grenzschutztruppen oder andere bewaffnete Strukturen entwickeln könnten. Wie diese sich dann nennen würden, spiele keine Rolle: „Russland wird versuchen, den Konflikt weiter zu kontrollieren und sich die Möglichkeit vorzubehalten, ihn jederzeit zuzuspitzen. Die Grenzkontrolle ist eines der Schlüsselemente für die Gewährleistung der eigenen Einflusskraft auf die Ukraine.“

Der Politologe vermutet, dass das Donezbecken künftig rein formell der Ukraine angehören werde. „Kiew wird diese Region nicht wirklich kontrollieren können. (...) Dieses Szenario sieht Pseudowahlen zwecks Legitimierung der Behörden vor, die von Moskau kontrolliert werden, wie auch die Nötigung der ukrainischen Seite zur Finanzierung dieser Territorien aus dem eigenen Staatshaushalt.“

Die Führungen beider „Volksrepubliken“ haben inzwischen auf eigene, mit Kiew nicht abgesprochene Kommunalwahlen verzichtet. Entscheidungen über die Organisation von gemeinsamen Kommunalwahlen, über die Vollmachten der neuen Behörden sowie den Status der Regionen sind allerdings außer Sichtweite geraten: Sie wurden nicht einmal im Rahmen der Kontaktgruppe für die Konfliktregelung behandelt.

Der ukrainische Unterhändler bei den Friedensgesprächen, Ex-Präsident Leonid Kutschma, sagte vor wenigen Tagen gegenüber Journalisten, die „Volksrepubliken“ Donezk und Lugansk hätten ihre Wahlen verschoben, weil sie für die russische Seite, die den Westen nicht verärgern wolle, derzeit ungünstig seien. „Wir müssen einsehen, dass es sich um ein langes Spiel handelt, das wir gewinnen und nicht verlieren müssen“, warnte Kutschma.

Der Politologe Taras Tschornowil stimmt dieser Auffassung zu: „Der Waffenabzug von der Trennungslinie ist nichts als eine Geste. Die Truppen werden nicht abgezogen, und die Kontrolle über dieses Territorium bleibt in denselben Händen. Die Gefahr der Wiederaufnahme der Kriegshandlungen bleibt akut – dazu könnte es in jedem Moment kommen, abhängig von der internationalen politischen Konjunktur, die die Stimmung in Moskau prägt.“ Die Konfliktseiten bleiben weiterhin bei ihren Positionen, fuhr der Experte fort: Die Ukraine gebe die Idee nicht auf, die Donbass-Region vollständig zu kontrollieren, aber die abtrünnige Region bestehe auf einen Sonderstatus.

Der Leiter des Instituts der ukrainischen Politik, Konstantin Bondarenko, zeigte sich überzeugt, dass es im Grunde um die Bestimmung bzw. Vereinbarung des Zukunftsszenarios für die Ostukraine geht. „Wie der Status der von den „Volksrepubliken“ Donezk und Lugansk kontrollierten Territorien sein wird, welche Vollmachten sie haben werden, wie sie in den zentralen Behörden vertreten sein werden – das sind die wichtigsten Punkte, ohne deren Klärung die Gefahr eines erneuten Kriegsausbruches nicht verschwinden wird“, so der Politologe.



<http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30497/70/304977000.jpg>

Dnr-online.ru: Heute berichtete der Leiter der Stadtverwaltung von Donezk Igor Martynow über die Lage mit dem Wasserversorgungssystem der Stadt.

„Leider hängt das Wasserversorgungssystem der Stadt von jenem Territorium ab, auf dem die Frontlinie verläuft. Dies ist das Gebiet von Gorlowka, Majorsk, wo sich die Wasserzuführungsleitungen befinden, die Donezk versorgen. Derzeit sind sie in einem funktionsfähigen Zustand, obwohl sie in der Folge von Beschüssen von Seiten der ukrainischen Streitkräfte mehrfach repariert wurden. Wir werden hoffen, dass es keinerlei Kämpfe geben wird, dann werden wir diesen Winter ohne irgendwelche ernsthaften Störungen bezüglich der Wasserversorgung überleben. Unser internes Wasserleitungssystem in der Stadt ist funktionsfähig. Natürlich ereignen sich regelmäßig Störungen aufgrund der alten Rohre, aber alle Störungen beseitigen wir operativ und reagieren auf Lecks, die auf dem Territorium der Stadt entstehen“, sagte Igor Martynow.

Dan-news.info: Der Beginn der neuen Etappe des Abzugs von Waffen eines Kalibers unter 100mm in der DVR wurde auf den 21. Oktober verschoben. Dies teilte heute der stellvertretende Kommandeur der Milizen der DVR Eduard Basurin mit.

„Der Beginn des Abzugs in der DVR wurde aufgrund der regelmäßigen Beschüsse auf den 21. Oktober verlegt“, sagte Basurin.

Er fügte hinzu, dass in territorialer Beziehung der Abzug in der DVR in drei Etappen vor sich gehen wird: zuerst aus Richtung Debalzewo, dann aus südlicher Richtung und zum Schluss

von den Teilstücken der Abgrenzungslinie, die an die Hauptstadt der DVR angrenzen.

Timer.ua: Die Kandidaten vom „Block Poroschenko“ schämen sich ihrer Parteizugehörigkeit
Die Kandidaten für die Gremien verschiedener Ebenen vom „Block Poroschenko“ in Odessa und in der Region Odessa wollen mehrheitlich lieber nicht ihre Parteizugehörigkeit bekanntgeben.

Insbesondere auf den Wahlplakaten fehlt entweder jede Bezugnahme auf die Partei, auf der oder sie ist kaum zu erkennen...

Dnr-online.ru: Der Leiter der Stadtverwaltung von Donezk Igor Martynow berichtete über Probleme, die beim Anlaufen der Heizsaison in Zusammenhang mit dem kriminellen Aktivitäten des Unternehmers Sergej Kurtschenko auf dem Territorium der DVR aufgetreten sind.

„Während der Vorbereitungen für die Winterzeit ist der Druck in der zentralen Gasleitung stark gesunken. Als wir begannen dies zu untersuchen, wurde klar, dass das Unternehmen Kurtschenkos aus unverständlichen Gründen gerade so die DVR nicht eingefroren hat. Dies hat sich sehr negativ auf die Arbeit ausgewirkt, wir mussten Notfallmaßnahmen ergreifen und teilweise Objekte aus dem System nehmen, um die gesamte Infrastruktur und das Heizungssystem in Gang zu halten“.

Igor Martynow äußerte seine Dankbarkeit gegenüber den Arbeitern des Heizungsbereichs für die operativen Arbeiten zur Stabilisierung der Gasversorgung der DVR und berichtete über die derzeitige Arbeit der Heizwerke von Donezk. „Ich bin den Heizungsarbeitern sehr dankbar, die rechtzeitig die Situation stabilisieren konnten. Der Stab arbeitete rund um die Uhr, weil wir die Wichtigkeit der Frage und die Bedeutung des Problems erkannt haben. Jetzt ist das Druckniveau nicht auf dem Stand, der für die Winterzeit normal ist, aber es befindet sich nicht an einem extremen Punkt. Insgesamt haben wir 321 Heizwerke, von diesen laufen 306, weitere 7 werden bald beginnen. Die übrigen Objekte werden wir nicht nutzen, weil sie in der Kampfzone liegen sowie im Zusammenhang mit der völligen Zerstörung von Häusern oder weil die Bewohner nicht dort sind.“

Dan-news.info: Fünf Einwohner der DVR wurden vom 9. bis 16. Oktober durch Kämpfe verletzt. Dies teilte heute der Apparat der Bevollmächtigten der DVR für Menschenrechte mit. „Vom 9. bis zum 16. Oktober wurden in der Folge von Kämpfen in der DVR fünf Menschen mit Verletzungen verschiedenen Schweregrads in Krankenhäuser eingeliefert, darunter drei Soldaten und zwei Zivilisten.“

Außerdem wird in dem Bericht mitgeteilt, dass in dem genannten Zeitraum fünf Menschen als vermisst und ungesetzlich festgenommen registriert wurden, darunter zwei Zivilisten und drei Soldaten der DVR.

Rusvesna.su: Die erste Kammer des Obersten Verwaltungsgerichts der Ukraine hat am 16. Oktober eine Entscheidung erlassen, dass den Bürgern der DVR und der LVR Renten und Sozialleistungen zu zahlen sind. Das wird vom Pressedienst der ukrainischen Abgeordneten Natalia Korolewskaja gemeldet, die die Prüfung nach der Einreichung der Klage der Rentner gegen das Ministerkabinett der Ukraine. organisiert und begleitet hatte.

"Die Richter lehnten eine Beschwerde des Kabinetts ab und verfügten, dass die Zahlungen an den Donbass zu leisten sind", sagte Korolewskaja nach der Gerichtsverhandlung...

Dan-news.info: Das oberste Verwaltungsgericht der Ukraine hat eine Entscheidung über die Aufhebung des Erlasses der Regierung der Ukraine über das Einfrieren der Renten, Entgeltzahlungen und Sozialzahlungen an diejenigen, die in der Zone der Durchführung der bewaffneten Operation im Donbass leben, in Kraft gesetzt.

„Gerade hat der Gerichtshof die Entscheidung der ersten und zweiten Instanz über die Aufhebung des Erlasses des Kabinetts (vom 7.11.2014) über die ungesetzliche Einfrierung der Renten und Sozialzahlungen an die Einwohner des Donbass in der ATO-Zone in Kraft gesetzt“, teilte heute die Leiterin des Beobachterrats des Instituts für Rechtspolitik und sozialen Schutz Irina Bereshnaja auf Facebook mit.

Bereshnaja nannte die Entscheidung des Gerichts historisch und unterstrich weiter, dass „mit dem heutigen Tag die Auszahlung von Renten, Arbeitsentgelten und Sozialzahlungen an die friedlichen Einwohner des Donbass wiederhergestellt ist“.

Außerdem drohte die Expertin dem Leiter der Regierung der Ukraine Arsenij Jazenjuk ein Strafverfahren an, falls er Versuche unternehmen sollte, die Gerichtsentscheidung zu ignorieren. Wenn Jazenjuk, so ihre Worte, „wieder versucht die Entscheidung zu ignorieren, werden wir die Generalstaatsanwaltschaft der Ukraine zwingen, gegen ihn ein Strafverfahren einzuleiten“.

Dan-news.info: Das oberste Verwaltungsgericht der Ukraine hat das Kabinett der Ukraine verpflichtet die Zahlungen an die Einwohner der Region beginnend mit dem heutigen Tag wieder aufzunehmen. Dies berichtete heute nach der Gerichtsentscheidung die Rechtsanwältin Irina Chishnjak, die die Interessen der Einwohner der DVR vertritt.

„Wir haben gesiegt. Heute hat der Oberste Verwaltungsgerichtshof mit 25 Richtern eine Entscheidung getroffen, die alle zuvor erfolgten Entscheidungen in Kraft setzt, wo wir in der ersten und zweiten Instanz gesiegt haben. Damit hob das Gericht das Verbot der Zahlungen von Renten im Donbass auf, dass aufgrund eines Erlasses des Kabinetts der Ukraine vom 7. November 2014 erfolgt war. Dies bedeutet, dass das Kabinett ab dem heutigen Tag verpflichtet ist die Rentenzahlungen wieder aufzunehmen, die Entscheidung tritt sofort in Kraft und hebt alle Suspendierungen auf.“

Nach den Worten Chishnjaks unterliegen im Falle der Nichtausführung der Entscheidung die verantwortlichen Personen des Kabinetts und des Finanzministeriums der Ukraine der strafrechtlichen Verantwortung nach den Paragraphen „Vorsätzliche Nichtausführung eines Gerichtsentscheids“ und „Über die verzögerte Rentenzahlung“.

Tatsächlich können die Zahlungen aus haushaltsrechtlichen Erwägungen erst ab Anfang 2016 beginnen.

„Wir haben es mit dieser Entscheidung rechtzeitig vor der Bestätigung des Haushalts der Ukraine für 2016 geschafft, was die Grundlage gibt, zu erwarten, dass das Kabinett verpflichtet ist diese Ausgaben und Zahlungen sofort für 2016 aufzunehmen“, sagte sie. Nach ihren Worten wird es am Ende des Jahres nicht gelingen, irgendwelchen realen Zahlungen zu erhalten. „Aber im nächsten Jahr wird die Ukraine verpflichtet sein die Gelder zu zahlen. Darauf werden wir als Menschenrechtler achten“, fasste die Anwältin zusammen.

Ukrinform.ua: Es gab keine Verstöße gegen internationale Abkommen im Luftfahrtbereich seitens der Ukraine in der Situation mit der über dem Donbass abgestürzten malaysischen Boeing.

Das erklärte auf einer Pressekonferenz der Justizminister der Ukraine, Pawlo Petrenko, bei Beantwortung der Frage eines Ukrinform-Korrespondenten nach der Position des Ministeriums hinsichtlich der Klage der deutschen Familien gegen die Ukraine im Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte.

„Die Ukraine, wie das aus dem Zwischenbericht hervorgeht, hat alle internationalen Abkommen im Bereich des Luftfahrtrechts erfüllt und eingehalten, und es gab von unserer Seite keine Verletzungen, sowohl der Direktiven von ICAO als auch des Völkerrechts“, sagte

er.

Petrenko bezeichnete auch als „Manipulationen von der russischen Seite“ die Erklärungen von einigen Experten, dass die Ukraine für die Katastrophe der malaysischen Boeing verantwortlich ist, da sie zum Zeitpunkt der Durchführung der Antiterror-Operation den internationalen Luftraum nicht geschlossen hatte.

„Niemand konnte sich vorstellen, dass Russland dieses Raketensystem bringen kann, und wir verstehen, dass besoffene Terroristen solche Präzisionswaffe nicht steuern können, daher ist es ganz offensichtlich, dass gerade die Russische Föderation und ihre Führung an diesem Verbrechen schuldig sind“, betonte der ukrainische Justizminister.

Lug-info.com: Angehörige von Straftruppen der nationalistischen Bataillone und nicht Vertreter der sogenannten „militärisch-zivilen“ Verwaltung haben die reale Macht auf den von der Ukraine okkupierten Territorien des Lugansker Gebiets. Dies erklärte heute das Oberhaupt der LVR Igor Plotnizkij, indem er die gestrige Explosion in Staniza Luganskaja kommentierte, bei der zwei Frauen starben.

„Die Straftruppen haben dem Leiter der sogenannten „militärisch-zivilen“ Verwaltung Tuka ein weiteres Mal gezeigt, wer die Macht auf unseren von der Ukraine zeitweilig okkupierten Gebieten hat, und einen Terrorakt in Staniza Luganskaja durchgeführt haben, der auf die Vernichtung und Einschüchterung der friedlichen Bevölkerung gerichtet ist“, sagte Plotnizkij. Nach den Worten des Republikoberhauptes „wurde Tuka deutlich zu verstehen gegeben, wer der Herr im Haus ist und mit wem er alle seine Initiativen abstimmen muss, darunter auch die Eröffnung eines Fußgängerüberwegs in Staniza Luganskaja“.

„Dies sind gewöhnliche Banditen unter ukrainischen Flaggen, die sich weder Gesetz noch Befehl unterordnen“, unterstrich er.

Plotnizkij fügte hinzu, dass die Straftruppen der nationalistischen Bataillone Minen selbst direkt in den Ortschaften legen, da sie keine Strafe befürchten.

„Früher haben die Kiewer Straftruppen explosive Objekte in Wäldern, Feldern, entlang des Sewerskij Donezk angebracht, aber jetzt legen sie sie direkt in Staniza. Und wer wird danach sagen, dass sie sich von den IS-Kämpfern unterscheiden, die die friedliche Bevölkerung direkt in ihren Häusern töten?“, fragte Plotnizkij.

Dnr-online.ru: Am 16. Oktober fand eine Pressekonferenz der Bevollmächtigten der DVR für Menschenrechte Darja Morosowa statt. Dort berichtete sie über einen durch die ukrainische Seite zum Scheitern gebrachten Austausch von Gefangenen.

„Als Ergebnis der Verhandlungen in Minsk sollte ein Gefangenenaustausch „10 gegen 5“ stattfinden. Vor drei Tagen setzte sich die ukrainische Seite mit uns in Verbindung. Gestern haben wir einen Austausch nach der Formel „10 gegen 6“ vereinbart, der in Lugansk stattfinden sollte. Im letzten Moment wurde deutlich, dass die ukrainische Seite geblufft hat und nicht vorhatte unsere Leute auszutauschen“, erklärte Darja Morosowa.

Sie sagte auch, dass, um Druck auf die Vertreter der DVR auszuüben, Gefangenen, die im Kramatorsker Untersuchungsgefängnis sind, Mobiltelefone ausgegeben wurden, damit sie sich mit Verwandten und der Bevollmächtigten für Menschenrechte in Verbindung setzen konnten. Auf diese Weise hat die ukrainische Seite Druck auf die Situation um den Austauschprozess ausgeübt.

Abends:

Dan-news.info: Die totale Verminung der eigenen Positionen durch die ukrainischen Truppen ist eine Ursache für eine Menge Todesfälle unter friedlichen Einwohnern. Dies erklärte heute das Verteidigungsministerium der DVR als Kommentar zu von der ukrainischen Polizei veröffentlichten Daten.

„Minenfelder müssen mit entsprechenden Abgrenzungen und Zeichen markiert werden. Es müssen Formulare erstellt werden, in denen alle verminnten Territorien verzeichnet sind. Außerdem müssen nach Erfüllung der Aufgaben in diesen Gebieten die Minenfelder entfernt werden“, sagte der Gesprächspartner der Agentur. „Keine einzige der ukrainischen Abteilungen hält diese Regeln ein“.

Wie heute in der sogenannten „Hauptkoordination des Innenministeriums der Ukraine für den Donezker Oblast“ erklärt wurde, sind seit Anfang des Jahres durch Minenexplosionen und andere explosive Objekte 22 friedliche Einwohner getötet worden, darunter vier Kinder, weitere 62 Menschen wurden verletzt.

„Dutzende nicht kontrollierter Freiwilligenbataillone, die auf dem Territorium des okkupierten Donbass stationiert sind, haben nach dem Willen ihrer Herren während des Kriegs eine Vielzahl von Minenfeldern um ihre Positionen, Rastplätze und Nachtlager angelegt. Die Abteilungen der ukrainischen Streitkräfte haben auch häufig zu diesem Mittel gegriffen.“ Die totale Verminung ist ein ständiges Prinzip der Verteidigung der ukrainischen Truppen gegen angenommene Angriffe von Diversionsgruppen. Das Verteidigungsministerium betonte besonders die tragischen Vorfälle an den ukrainischen Checkpoints in Wolnowacha und Majorsk, wo durch Explosionen von Passagierbussen auf Minen Dutzende friedlicher Einwohner starben.

„Ich möchte darauf hinweisen, dass alles oben Genannte ein grober Verstoß gegen die Genfer Konvention von 1980 ist. Und also sind dies nicht nur terroristische Akte, sondern echte Kriegsverbrechen“, fasste das Verteidigungsministerium der DVR zusammen.

De.sputniknews.com: Auch 20 Monate nach der Erschießung von mehreren Dutzend Regierungsgegnern und Ordnungskräften auf dem Kiewer Protestplatz Maidan hat die ukrainische Generalstaatsanwaltschaft keine Beweise für eine Verwicklung Russlands in die blutigen Ereignisse entdeckt.

Generalstaatsanwalt Viktor Schokin sagte am Freitag einem Interview der ukrainischen Zeitung Fakty, es gebe keinerlei Grund, von einer russischen Spur zu sprechen. Damit widersprach er Valentin Naliwajtschenko, der während seiner Amtszeit als ukrainischer Geheimdienstchef behauptet hatte, dass eine russische Amtsperson im Winter 2013/2014 auf dem Maidan Schießbefehle gegen die Demonstranten erteilt habe.

„Ich habe Naliwajtschenko um Beweise gebeten und bisher keine bekommen“, sagte Generalstaatsanwalt Schokin. „Ich habe keine Hinweise auf eine russische Spur. Aus den Materialien, die wir haben, kann nicht darauf geschlossen werden. Nicht weil wir das nicht beweisen können oder nicht beweisen wollen. Wir haben heute einfach keine Handhabe, darüber zu reden.“

Im Februar 2014 hat die ukrainische Opposition Staatschef Viktor Janukowitsch gestürzt und die Macht übernommen. Dem Umsturz waren gewaltsame Ausschreitungen auf dem Kiewer Hauptplatz Maidan vorausgegangen, bei denen mehr als 100 Demonstranten und Ordnungskräfte getötet wurden. Viele wurden von unbekanntem Schützen erschossen. Die neue Führung machte die Vorgängerregierung für die Tode verantwortlich.

Doch schon zwei Wochen später sprach der estnische Außenminister Urmas Paet in einem abgehörten Telefonat mit der EU-Außenbeauftragten Catherine Ashton von Hinweisen darauf, dass hinter den Todesschüssen nicht Janukowitsch, sondern jemand von der neuen Koalition gestanden habe.

Im Februar dieses Jahres präsentierte der Sender BBC eine eigene Recherche, die zeigt, dass die ersten Schüsse nicht von Seiten der regierungstreuen Sicherheitskräfte, sondern aus der anderen Richtung gekommen waren.



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30072/61/300726119.jpg>

Dnr-online.ru: Am 16. Oktober fand in Donezk die anstehende Sitzung des Ministerrats der DVR unter Leitung des Vorsitzenden Alexandr Sachartschenko statt. Auf der Sitzung waren Minister, Leiter von Behörden und andere offizielle Personen. Auf der Tagesordnung fanden sich mehr als 50 Fragen, die verschiedene Bereiche der Tätigkeit der Republik betreffen. So wurden einige Blöcke von Beschlüssen erörtert und beschlossen, die die Naturschutzgesetzgebung, standesamtliche Fragen, Berufsbildungseinrichtungen, Zölle und andere Abgaben betreffen.

Erörtert wurden folgende Fragestellungen: Sachbearbeitung in Staatsorganen und der örtlichen Selbstverwaltung, Exportrichtlinien für kulturelle Güter, Verträge über Telekommunikationsdienste mit dem Unternehmen „Ukrtelekom“ auf dem Territorium der DVR.

Außerdem war eine wichtige Entscheidung des Ministerrats die Annahme von Erlassen über die Einführung einer zeitweiligen staatlichen Verwaltung in einigen Unternehmen der Republik, insbesondere einer Maschinenbaufabrik in Sneschnoje, eine Spirituosenfabrik, die Dokutschajewsker erdölverarbeitende Fabrik, die Einzelhandelskette „Brusnitschka“, die Tabakfabrik „Chamadej“ und die GmbH „Kombinat Kargill“ (Erzeugung von Sonnenblumenöl, Anm. d. Übers.)..

Diese Entscheidung erlaubt es dem Staat die Geldflüsse, die Preisbildung, die Qualität der Produkte zu kontrollieren. Außerdem gibt die Inbetriebnahme ungenutzter Kapazitäten die Möglichkeit, die Frage der Beschäftigung der Bevölkerung zu lösen und in einigen Fällen erlaubt sie es den Produktionszyklus innerhalb der Grenzen der DVR zu schließen, das heißt nicht Rohstoffe zu verkaufen, sondern das fertige Produkt.